Deutscher Gewerkschaftsbund

Statement

Annelie Buntenbach

Geschäftsführender Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Jahrespressekonferenz

am 21.01.2020 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

DGB-Bundesvorstand Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30/24060-211 Fax: +49 30/24060-324

Die Arbeitswelt verändert sich rasant – mit der Energie- und Verkehrswende, Digitalisierung, künstlicher Intelligenz, um nur einige der Faktoren zu nennen. Viele fürchten die Entwertung von Qualifikation oder Verlust des Arbeitsplatzes. Sie erwarten zu Recht mehr Sicherheit und gleichzeitig mehr Unterstützung für neue Perspektiven. Weiterbildung spielt dafür eine zentrale Rolle – nötig sind Rechtsanspruch und Ressourcen, in Zeit und in Geld. Hier stehen Arbeitgeber und Staat in der Pflicht, mehr zu tun. Kurzarbeit – die ja, wie wir wissen, leider im Moment zunimmt – muss stärker mit Weiterbildung verkoppelt werden, dafür fordern wir die Einführung eines Transformationskurzarbeitergelds.

Die Furcht, im Fall von Arbeitslosigkeit schnell bis in Hartz IV abzustürzen, reicht bis tief in die Mitte der Belegschaften – deshalb brauchen wir spürbare Verbesserungen bei der Absicherung im Fall von Arbeitslosigkeit genauso wie eine Qualifizierungsoffensive, um Arbeitslose wieder gut in den Arbeitsmarkt zu bringen, da gibt es gerade im SGB II großen Nachholbedarf. Die Umsetzung des Urteils des BVerfG werden wir eng begleiten – Sanktionen dürfen nicht die Existenz gefährden.

Ein großes Thema auch des kommenden Jahres wird die Pflege sein – der Druck auf die, die in der Pflege arbeiten, ist nach wie vor noch viel zu hoch. Arbeiten in der Pflege muss wieder attraktiv werden.

Dabei wird Zuwanderung das immense Fachkräfteproblem nicht lösen, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Wo sie stattfindet, muss mit Transparenz, verbindlichen Standards und öffentlichen Strukturen sichergestellt werden, dass nicht private Vermittler ihr Geschäft mit Knebelverträgen machen.

Das einzige, was wirklich gegen den Fachkräftemangel in der Pflege hilft, sind bessere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen, ein ausreichender Personalschlüssel, damit frei auch frei heißt. Dafür brauchen wir Tarifverträge, die die Beschäftigten besser schützen, für die Pflege brauchen wir einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die ganze Branche. Ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, das endlich eingelöst werden muss.

Gute Arbeitsbedingungen heißt auch mehr Arbeitszeitsouveränität, nicht nur in der Pflege. Ständige Erreichbarkeit, hoher Arbeitsdruck, Arbeit am Wochenende und nach Feierabend belasten die Beschäftigten und ihre Familien zunehmend. Hier brauchen wir klarere Grenzen – Arbeitszeit muss sauber erfasst werden – so der EuGH. Sie muss korrekt bezahlt werden, auch da wo mobil gearbeitet wird, heute werden rund eine Milliarde Überstunden jedes Jahr nicht entlohnt. Bei Lage und Dauer der Arbeitszeit brauchen die Beschäftigten mehr Selbst- und Mitbestimmungsrechte, damit die Arbeitszeiten zum Leben passen. Was wir definitiv nicht brauchen, ist noch mehr Verfügbarkeit rund um die Uhr, wie die Arbeitgeber es schon seit Jahren fordern. Flexibilität erlaubt das Arbeitszeitgesetz heute schon in allen möglichen Formen, das zeigt die Vielfalt von Tarifverträgen. Aber was nicht zur Disposition stehen darf, ist die Gesundheit der Beschäftigten – zahlreiche Studien belegen, dass überlange Arbeitszeiten der Gesundheit genauso schaden wie die Unterbrechung der nötigen Ruhezeiten. Deshalb lehnen wir eine Öffnung des Arbeitszeitgesetzes ab.

Und last but not least: Die Rente. Zwei Versprechen aus dem Koalitionsvertrag müssen dieses Jahr noch ins Gesetzblatt: Die Grundrente und die obligatorische Alterssicherung von Selbständigen sind schon lange überfällige Schritte. Bei der Grundrente hätten wir uns mehr vorstellen können, klar, aber wenn sich die Absicherung von anderthalb Millionen Menschen wirklich verbessert, wäre das ein großer Schritt zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wichtig für uns ist jetzt, dass die Regelungen für die Grundrente transparent, nachvollziehbar und bei der großen Zahl der Berechtigten auch einfach umsetzbar sind. Dafür werden wir uns im Gesetzgebungsverfahren stark machen.

Langfristig setzen wir auf die Stärkung der gesetzlichen Rente, dazu hat Reiner Hoffmann zu Beginn ja schon einiges ausgeführt. Das Rentenniveau muss dauerhaft stabilisiert und in einem weiteren Schritt angehoben werden. Wir setzen auf eine leistungsfähige gesetzliche Rente, um die Solidarität zwischen den Generationen zu organisieren.

Mit der AfD sitzt inzwischen eine Partei in den Parlamenten, zu deren Führerriege ein Faschist wie Höcke gehört, den der Ehrenvorsitzende in der Mitte der Partei sieht. Sozial ist an dieser Partei gar nichts, die Gewerkschaften werden ihr die Schmierenkomödie, sich als Partei des kleinen Mannes zu inszenieren, nicht durchgehen lassen.

Diese Partei hat mit Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechten nichts, aber auch gar nichts am Hut, hält den Klimawandel für einen Fake und das Brexit-Chaos für ein Vorbild für Deutschland – eine solche Partei ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht wählbar.

Wir werden auch im kommenden Jahr in vielfältigen Bündnissen mit Demokratinnen und Demokraten der gesellschaftlichen Spaltung durch Rassismus und Rechtspopulismus entgegentreten mit klarer Haltung von Weltoffenheit, demokratischem Engagement und Solidarität – in den Betrieben und in der ganzen Gesellschaft.

DGB-Bundesvorstand Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30/24060-211 Fax: +49 30/24060-324